

Marginalien ; Rezensionen

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **30 (2010)**

Heft 59

PDF erstellt am: **22.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Sabine Hess / Bernd Kasparek (Hrsg.): Grenzregime. Diskurse, Praktiken, Institutionen in Europa. Assoziation A, Berlin / Hamburg 2010 (291 S., € 18.50)

Der von Sabine Hess und Bernd Kasparek beim Verlag Assoziation A herausgegebene Sammelband „Grenzregime. Diskurse, Praktiken, Institutionen“ liefert mit seinen insgesamt siebzehn Beiträgen eine detaillierte und facettenreiche Bestandsaufnahme wie auch wohlbegründete Kritik zur Europäisierung von Migrationspolitik, der Konzeption und Implementation neuer gesamteuropäischer „Anti-Migrations-Ansätze“ und ihren problematischen, für nicht wenige Asylsuchende und Migrationswillige sogar unmittelbar lebensbedrohlichen Konsequenzen.

In den beiden letzten Jahrzehnten hat sich zwischen den Mitgliedsländern der Europäischen Union das Geflecht gemeinsamer migrationspolitischer Ordnungsvorstellungen, Normen und Richtlinien weiter zusammengezogen. Ein gemeinsames EU-Grenz- und Migrationsregime ist entstanden, das zunehmend durch die supranationalen Institutionen „der EU“ konzipiert und umgesetzt wird. Dieses Regime ist mittlerweile ein paneuropäisches Grenz- und Migrationsregime, weil an ihm auch Nicht-EU-Staaten wie die Schweiz, Norwegen und Island beteiligt sind.

Das Netz des EU-dominierten „Anti-Migrations-Regimes“ ist sogar noch viel weiter ausgeworfen worden: Mit Beginn der 1990er Jahre, dem weltpolitischen Umbruch nach dem Ende der Sowjetunion und ihrer Satellitenstaaten, begannen die Staaten des

westlichen Europas bereits ihre migrationspolitischen Konditionalisierungswerkzeuge im Zuge des sogenannten Budapester Prozesses, der CIS-Conference und anderer migrationspolitischer Foren auch auf die ehemals kommunistisch regierten Transformationsländer in (Süd-)Osteuropa, die Russische Föderation und einige der asiatischen Nachfolgestaaten der UdSSR auszurichten. Ähnliches ergab der sogenannte Barcelona-Prozess, in dessen Rahmen die EU-Staaten damit begannen, die migrationsbezogene „Partnerschaft“ mit den Ländern am südlichen Rand des Mittelmeers herzustellen. Die aktuell äußerst umstrittene Partnerschaft zwischen Italien und Libyen ist diesbezüglich nur eine von vielen besorgniserregenden Entwicklungen.

Das mittlerweile neben den EU-Länderregierungen auch stark durch supranationale EU-Institutionen und eher undurchsichtige Agenturen der EU (bestes Beispiel dafür ist die Grenzagentur Frontex) dominierte paneuropäische Migrations- und Grenzregime macht sich somit bereits weit vor der EU-Außengrenze bemerkbar – im Territorium von *Nicht*-EU-Staaten, von denen nicht wenige selbst Herkunft- und Transitländer von Zufluchtsuchenden und Migranten sind, wie beispielsweise Albanien, die Ukraine oder Marokko. Noch viel weiter vom EU-„Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“ entfernt bleiben mittlerweile selbst die Sahel-Zone oder auch die zentralasiatischen Länder nicht von den migrationseindämmenden Einflussnahmen der EU verschont.

Die EU und das von ihr in Gang gesetzte paneuropäische Grenz- und Migrationsregime zählen weltweit zu

den Trendsettern und das weit über die Grenzen Europas sich bemerkbar machende „Anti-Migrations-Europa“ ist in den letzten beiden Jahren global tatsächlich zu *dem* großen Laboratorium zur Erprobung von restriktiven migrationspolitischen Ansätzen geworden. Trotzdem finden in den beschriebenen Entwicklungen auch noch andere, nicht auf Europa beschränkte migrationspolitische Transformationen ihren Niederschlag. Im Zusammenhang mit den „Hilferufen“ einiger Migrationsforscher, die in den frühen 1990er Jahren vor einer „globalen Migrations-“ (Myron Weiner) bzw. „Flüchtlingskrise“ (Gil Loescher) warnten oder von einem (bisher so nie dagewesenen) neuen „Zeitalter der Migration“ (Stephen Castles und Mark Miller) sprachen, gab die „Commission on Global Governance“ 1993 an einen führenden UN-Experten (Bimal Ghosh) den Auftrag, ein neues globales Migrationsregime zu entwerfen.

Sein Vorschlag eines „New International Regimes for Orderly Movements of People“ (NIROMP, 1995) sah im Zuge des Konzepts einer „regulated openness“ für die UN und andere internationale Regierungsorganisationen (IRO) eine stärkere Mitverantwortung vor. Bis zur Gegenwart bemüht sich die IOM (International Organization for Migration) aus den Empfehlungen von Ghosh ein neues weltweites und auf alle Weltregionen und Staaten übertragbares „Management of Migration for the Benefit of All“ zu entwickeln. Das EU-Grenz- und Migrationsregime ist zu weiten Teilen durch diese „Management-Philosophie“ der IOM und anderer Steuerungsakteure geprägt, denn es sind eben genau diese Nicht-EU-Akteure, die die migrationspolitischen Steuerungsvorstellungen der EU im Souveränitätsbereich von Nicht-EU-Staaten hauptsächlich umsetzen, dort, im Auftrag der EU, also die eigent-

liche operativ-technische Implementationsarbeit übernehmen.

Diese, sich aus der Verschränkung von globalen und regionalen Entwicklungen ergebende Komplexität in den Griff zu bekommen, ist nicht ganz einfach. Denn sie schliesst den paradoxen, zugleich für die EU-Migrationspolitik in gewissem Sinne aber auch „paradigmatisch“ anmutenden Fall einer Implementation von EU-Migrationssteuerung durch *Nicht-EU*-Akteure in *Nicht-EU*-Ländern ein. Gerade weil es sich um rezente und vielfach auch äußerst informell und unter dem Ausschluss von Medien und Öffentlichkeit ablaufende politische Prozesse handelt, steht die Forschung noch relativ am Anfang, was die Ausbildung neuer Institutionen und Praktiken anbelangt, wie auch die migrationspolitischen Diskurse („making migration work for development“) und teils wieder aufgewärmten Konzepte („temporary migration“), die mit ihnen verbunden sind.

Der Sammelband „Grenzregime“ ist bisher im deutschsprachigen Raum fast einzigartig. Über diesen hinausgehend, haben einige der AutorInnen zeitgleich in einem weiteren Sammelband publiziert (*The Politics of International Migration Management*, 2010, Palgrave Macmillan, eds. Martin Geiger & Antoine Pécoud), der weltweit die erste kritische und in englischer Sprache verfasste Sammelpublikation zum neuen „Management“ internationaler Migration darstellt. Die AutorInnen des Bandes „Grenzregime“ zählen somit weltweit zur ersten Generation von kritischen ForscherInnen, die sich zeitgleich sowohl mit der globalen Transformation von Migrationskontrolle beschäftigen als auch mit der Emergenz und den Konsequenzen des regionalen EU-Migrations- und Grenzregimes. Für sie steht explizit nicht die „policy reform“ im Vordergrund.

Im Gegensatz zu einem weiteren, in Kürze durch Alexander Betts bei Oxford University Press herausgegebenen Sammelband mit ähnlicher thematischer Ausrichtung steht nicht das „migrantenfreundlichere“ Ausgestalten von restriktiven Steuerungsansätzen und das Bedienen migrationspolitischer Beratungswünsche im Vordergrund. Das Anliegen liegt stattdessen in der engagiert-kritischen und sich in erster Linie für die Lage von Asylsuchenden und Migranten interessierenden Analyse und Reflexion dessen, was vor den Toren der EU und weltweit gegen Migranten und Zufluchtsuchende vor sich geht.

Alle zwanzig AutorInnen von „Grenzregime“ gehören dem „Netzwerk kritische Migrations- und Grenzregimeforschung“ an, das schon seit geraumer Zeit im deutschsprachigen Raum besteht und schon mehrere Tagungen organisiert hat. Gegenüber dem ersten Sammelband des Netzwerks (Turbulente Ränder. Neue Perspektiven auf Migration an den Grenzen Europas, 2007; vgl. Widerspruch Heft 51) ist erkennbar, dass die Beiträge in „Grenzregime“ nun auf (noch) besseren Befunden beruhen und sich mit ihnen die vorgebrachte Kritik noch besser untermauern lässt.

Auf eine Einführung (Perspektiven kritischer Migrations- und Grenzregimeforschung) durch die beiden Herausgeber und einen substanziellen Überblick zum europäischen Grenz- und Migrationsregime (Paolo Cuttitta) folgen drei Beiträge, die sich mit den „Verortungen“ oder räumlichen „Materialisierungen“ der EU- bzw. der internationalen Grenzsicherungs- und Anti-Migrationspolitik beschäftigen; in Marokko (Gerda Heck), der Ukraine (Marc Speer) und in Mittelamerika (Stefanie Kron). An diese Beiträge schließen sich Analysen zu den neuen

„Migrationsmanagern“ an, zum UNHCR (Philipp Ratfisch und Stephan Scheel), zu Frontex (Kasperek), zum Zentrum für Information und Migrationsmanagement (CIGEM) (Jill Jana Janicki & Thomas Böwing) und zur IOM (Fabian Georgi).

Diese empirischen Befunde zu den regionalen Ausgestaltungen und zu den neuen „Managern“ einer sich transformierenden Grenz- und Anti-Migrationspolitik belegen, dass noch ein erheblicher Forschungsbedarf besteht: Das tatsächliche Wirken und die Wirkungen des (EU-)Managements sind bisher kaum der Öffentlichkeit und anderen Wissenschaftlern gegenüber transparent geworden und dieses Transparentmachen und Diskutieren müssten den Beginn von theoretischen Konzeptionalisierungsversuchen und einer Einbettung in (noch) größere Zusammenhänge (grundlegende Kritik des Kapitalismus, der Ausbeutung migrantischer Arbeit und des neuen Neoliberalismus im Umgang mit Migration etc.) bilden.

Erst aber einmal empirisch festzuhalten, was tatsächlich wie, wo, warum und mit welchen Konsequenzen passiert, ist auch das Anliegen von vier weiteren, unter der Überschrift „Praktiken“ geführten Beiträgen. In ihnen zeigt sich, dass sich Migrationsmanagement oft in eher subtilen, indirekten, unmittelbar aber auf die Selbst-Lenkung des einzelnen Migranten einwirkenden Gouvernementalitätstechniken bemerkbar macht. Wie die Beiträge zu „Anti-Trafficking“ (Eva Bahl, Marina Ginal & Sabine Hess), zu „freiwilliger“ Rückführung (Dünnwald), zum Agieren der EU auf See (Silja Klepp) und zum Lager als variablem Instrument der Migrationskontrolle (Tobias Pieper) belegen, liegt der Interventionsort nicht mehr ausschließlich am „Schlagbaum“, der territorial markierten Grenze, noch beschränkt sich moderne Migrations-

politik auf die Kontrolle von Visa und Pässen. Migrationsmanagement macht sich in einer Vielzahl von zusätzlichen, teilweise viel raffinierter ausgefeilten Herrschaftstechniken bemerkbar, die es weiterhin zu beobachten gilt.

Besonders hervorzuheben ist schließlich auch der letzte Teil des Sammelbandes. In diesem unternehmen Fabian Wagner, Vassilis Tsianos, Sabine Hess und Serhat Karakayali in drei unterschiedlichen Beiträgen und „Anläufen“ den Versuch, die Vielzahl von Befunden mit der politikwissenschaftlichen Dis-

kussion in Bezug zu setzen (so auch zu einer materialistischen Staatstheorie/ Reflexion über strategische Wissensproduktion) sowie eine „ethnographische Grenzregimeanalyse“ vorzulegen. Der Band „Grenzregime“ enthält wie der Band „Turbulente Ränder“ (Transcript) schließlich auch wieder einen Vorschlag zum kartographischen „Mapping“ der neuen migrations- und grenzpolitischen Diskurse, Ansätze und Praktiken (Beitrag des Labors k3000 und Peter Spillmann).

Martin Geiger

Sabine Hess, Jana Binder, Johannes Moser (Hg.): No integration?! Kulturwissenschaftliche Beiträge zur Integrationsdebatte in Europa. Transcript Verlag Bielefeld 2009. (242 S., € 24.80)

Aus rassismuskritischer und emanzipativer Perspektive muss die gegenwärtige Integrationsdebatte kritisch betrachtet werden, das verdeutlichen die im Buch „No integration?!“ versammelten Beiträge.¹ Sie werfen einen kulturwissenschaftlichen Blick auf die Integrationsdebatte in Deutschland und üben grundsätzliche Kritik an ihr. Diese ist auch programmatisch zu verstehen: als Kritik an der Art, wie diese Diskussion aktuell geführt wird, an den ihr zugrundeliegenden Annahmen und Selbstverständnissen sowie an den sich daraus speisenden Herrschaftsverhältnissen. Die Mehrzahl der AutorInnen ist dabei in der deutschen kritischen Migrationsforschungsszene nicht unbekannt, und LeserInnen, die etwa die Arbeiten rund um die Forschungsgruppe Transit Migration² oder die Gruppe Kanak Attack verfolgen, wer-

den nicht nur personelle, sondern auch inhaltliche Kontinuitäten ausmachen können.

In einer der zwei Einleitungen umreißen die MitherausgeberInnen Sabine Hess und Johannes Moser das Terrain der aktuellen Integrationsdebatten kritisch und loten Alternativen aus. Diese Debatte sei von einem grundsätzlichen „methodologischen Nationalismus“ geprägt, der Gesellschaft als von den Grenzen des Nationalstaats umfasste Entität fasst, deren Ordnung durch die Präsenz von MigrantInnen gleichsam gestört wurde und durch Integrationsmaßnahmen wieder hergestellt werden müsse. Fragen nach der sozialen Produktion von Differenz, Konflikt und Ausbeutung bleiben in dieser sozialtechnischen Sichtweise genauso ausgespart wie die Realitäten transnationaler Lebensweisen.

Den Ausweg aus dieser auch von vielen MigrationsforscherInnen eingenommenen Sichtweise sehen die AutorInnen in der Verschiebung der Diskussion durch die Perspektive der Migration. Kritische wissenschaftliche

und politische Auseinandersetzungen müssten demnach das Denken in nationalen Containern verlassen und die real stattfindende Transnationalisierung von Alltagspraktiken und Zugehörigkeiten sowie politischer und ökonomischer Kräfteverhältnisse anerkennen und in ihre Analysen einbeziehen.

Die folgenden drei Beiträge setzen sich mit „Krisen des Multikulturalismus“ auseinander. Ghassan Hage beschreibt die Probleme, die der australische Multikulturalismus hat, muslimische MigrantInnen einem nationalen „Ganzen“ unterzuordnen. Frank-Olaf Radtke nähert sich der Thematik in systemtheoretischer Terminologie und legt anhand einer kritischen Diskussion prominenter Multikulturalismustheoretiker die kulturalisierenden Implikationen ihrer Überlegungen zu Individuum und Gemeinschaft frei. Radtke benennt damit die wichtige Kritik an der Tendenz multikulturalistischer Politiken, ethnische Gruppen festzuschreiben und zu essenzialisieren. Doch seine Ausführungen zeigen auch die Grenzen einer Kritik, die rein analytisch vorgeht, den Multikulturalismus also nicht als gesellschaftliches Verhältnis fasst und damit dessen stets umkämpften Charakter außer Acht lässt.

So eine relationale Sicht klingt aber schließlich im Beitrag von Kien Nghi Ha an, in dem er sich dem kolonialen Erbe deutscher Migrationspolitik widmet. Der multikulturellen Idee kann Ha dabei durchaus Positives abgewinnen – wurde sie doch als Kritik an einem antiquierten Nationenverständnis formuliert. Doch mit dem Postulat der Anerkennung kultureller Andersartigkeit ging nicht nur erneute Festschreibung von Differenz einher, sondern etablierte sich auch ein utilitaristisches Interesse an vermarktbarer „Fremdheit“. In einem historischen Abriss

kontextualisiert Ha dieses Verhältnis als Teil einer (Kolonial-)Geschichte der Konfrontation mit (dem) Fremden. Besonders deutlich werde dieses koloniale „Erbe“ in angeheizten Diskussionen über Gefahren durch muslimische MigrantInnen. Vor diesem Hintergrund kritisiert Ha tiefverwurzelte institutionelle Rassismen in Deutschland, verweist jedoch auf das emanzipatorische Potential der nichtsdestotrotz stattfindenden Interkulturalisierung und Transnationalisierung der Lebenszusammenhänge einer stets wachsenden Anzahl migrierende Menschen.

Die Beiträge im darauf folgenden Kapitel „Logiken des Integrationsparadigmas“ fokussieren expliziter auf Integrationsdiskussionen in Deutschland. So untersucht Serhat Karakayali den Integrationsdiskurs als Form der (im foucaultschen Sinn verstandenen) Regierung von (realer oder angenommener) Differenz und verweist auf die erstaunliche Bandbreite politischer Positionen, die unter dem Begriff der „Integration“ aktuell vertreten werden. Diese Bandbreite konkretisiert Stephan Lanz, indem er politische Diskurse zur Einwanderungsstadt Berlin genauer unter die Lupe nimmt. Er macht dabei ein Nebeneinander zweier unterschiedlicher Integrationsdiskurse aus, die Fremdheit als Gefahr respektive als Bereicherung einschätzen, sich aber im Zuge des „neoliberal turn“ annäherten. Dies sei nicht zuletzt an der zentralen Rolle von Sprache und Bildung in Integrationsdiskursen abzulesen, da diese sowohl als Mittel der Steigerung von Wettbewerbsfähigkeit als auch als Kontrollmaßnahme fungierten.

An diese Ausführungen schließt wiederum der Beitrag von Birgit zur Nieden gut an, in dem sie eine kurze Geschichte des Spracherwerbs Deutsch in der Bundesrepublik verfasst. Basierend auf aufschlussreichen Analysen

von didaktischem Material und TV-Dokumentationen seit den 1970er Jahren verdeutlicht sie, wie Deutschkurse, früher von MigrantInnengruppen gefordert und eigenständig organisiert, zu einem zentralen Aspekt repressiver staatlicher Integrationspolitik wurden.

Die zwei folgenden Beiträge erweitern den Fokus des Buches um eine sozialräumliche Perspektive. Klaus Ronneberger und Vassilis Tsianos kritisieren die skandalisierende Rede von „Ghettos“ und „Parallelgesellschaften“. Diese werde nicht zuletzt von StadtsoziologInnen mitgetragen, wenn sie Quartiere nach „Integrationsfähigkeit“ beforschen und dort „ethnische Konflikte“ dokumentieren und damit die Logik der Kulturalisierung sozialer Probleme verfestigen. Erol Yildiz' Artikel schließt hier mit einem Plädoyer für ethnographische Studien an, um den Ghettodiskurs zu entkräften. Diese könnten die vielschichtigen räumlichen Bezüge und polyvalenten Identitätskonstruktionen von MigrantInnen erschliessen sowie auch auf das Widerstandspotential alltäglicher Praxen aufmerksam machen

Im Kapitel „Anti-Islamismus als neue Form des Rassismus“ wird das Lesen äusserst spannend. Zum einen handelt es sich um die Dokumentation eines Podiumsgesprächs zwischen der Rassismustheoretikerin Manuela Bojadzijeve und dem Islamwissenschaftler Werner Schiffauer – eine gelungene Abwechslung im Textgenre übrigens. Unter dem sinnfälligen Titel „Es geht nicht um einen Dialog“ debattieren die beiden über Islamkonferenzen als staatliche Befriedungsprojekte, Rassismus, Leitkultur sowie über die anhaltende Rede von der „Islamisierung“ der MigrantInnencommunities. Sind sich die beiden auch in vielen Fragen einig,

ist Schiffauers Kritik liberaler als diejenige Bojadzijevs, die sich näher den migrantischen Kämpfen verbunden sieht.

Die Frage der Frauenrechte stellt einen zentralen Topos in aktuellen Islam- und Integrationsdiskursen dar. Esra Erdem setzt sich kritisch mit der Konjunktur der „Frauenfrage“ auseinander, führte sie zuletzt doch zu zweifelhaften politischen Koalitionen und Forderungen in Europa. Der Umstand, dass Erdem es schafft, einen Bogen von feministischer Rechtstheorie bis zu feministisch-antirassistischem Aktivismus zu spannen, macht diesen Beitrag zu einem der lesenswertesten des Sammelbandes. Aktuelle Forderungen nach Verschärfung des Ausländerrechts zum Schutz muslimischer Migrantinnen schätzt Erdem dabei als eine „Politik des Ressentiments“ und als Abkehr grundlegender feministischer Positionen ein. Die etwas kurz ausgefallenen Darstellungen zweier aktivistischer Ansätze, die feministische und anti-rassistische Forderungen verschränken, ermöglicht es Erdem schließlich, überzeugende Alternativen aufzuzeigen.

Im letzten Kapitel skizzieren Sandro Mezzadra und Regina Römhild in ihren Beiträgen „europäische Ausblicke“. Sie untersuchen dabei unter anderem den expansiven und sich stets wandelnden Charakter des Projekts Europa, die Flexibilisierung der Grenzregime und Ausdifferenzierung von Bürgerschaftsrechten sowie schließlich die Rolle der Migration in der Kosmopolitisierung europäischer Gesellschaften. In ihrer Ausrichtung unterscheiden sich diese Beiträge stark von den vorhergehenden, bereichern aber dennoch die Debatten um einige relevante Gesichtspunkte.

Der Sammelband ist als wichtiges Korrektiv zu den dominierenden Integrationsdiskursen unverzichtbar. Ver-

missen kann man eine tiefgehende Auseinandersetzung mit internationalen Multikulturalismuskritiken.³ Insgesamt bietet der Band aber eine viel-

schichtige Analyse des Integrationsbegriffs und der gegenwärtigen Integrationsdiskurse.

Paul Scheibelhofer

Anmerkungen

1 Diese hier leicht überarbeitete Rezension erschien am 29.10.2009 auf der Informations- und Kommunikationsplattform *H-Soz-u-Kult*.

2 Vgl. Transit Migration (Hrsg.), *Turbulente Ränder. Neue Perspektiven auf Migration an den Grenzen Europas*,

Bielefeld 2007. Siehe die Rezension in *Widerspruch* Heft 51.

3 Vgl. etwa Himani Bannerji, *The dark side of the nation. Essays on multiculturalism, nationalism and gender*, Toronto 2000.

Esteban Piñero, Isabelle Bopp, Georg Kreis (Hrsg.): Fördern und Fordern im Fokus. Leerstellen des schweizerischen Integrationsdiskurses. Seismo Verlag Zürich, 2009 (261 S., Fr. 43.–)

Zwar ist die Zahl der Publikationen zu den Themen rund um Migration, Integration, Ein- und Ausschluss in jüngerer Zeit stark angestiegen, diese sind jedoch meistens sehr spezifisch auf eine Disziplin ausgerichtet, oder sie sind vor allem theorien- oder praxisbezogen verfasst. Der vorliegende Sammelband, das sei hier schon festgehalten, enthält sehr wertvolle Beiträge, von denen man sich wünschte, dass sie alle von den im Migrationsbereich arbeitenden Fachpersonen gelesen werden. Die Publikation reiht sich bestens in die Pflichtlektüren ein, knüpft sie nämlich an den Caritas-Band „Blickwechsel“ (Prodoliet 1998), die Publikation „Einwanderungsland Schweiz“ (Piguet 2006) und den NFP 39-Band „Migration in der Schweiz“ (Wicker et al., 2003) an.

Der auf Alliteration setzende Haupttitel des Bandes weist zusammen mit dem Untertitel auf das abgesteckte Spannungsfeld hin, in dem sich die

gegenwärtige Debatte über die Integrationsproblematik in der Schweiz befindet, nämlich in einem Diskurs des gesellschaftlichen Ein- und Ausschlusses. Die modernen rechtlich-politischen Rahmenbedingungen für zugewanderte Personen artikulieren sich in vielfältiger Weise; die Regeln, Muster oder Strukturen dieser Artikulationsformen aufzudecken und die dabei entstandenen „Leerstellen“ zu benennen, ist das Ziel dieses Bandes.

Einmal mehr figurieren im gegenwärtigen Integrationsdiskurs der Migrant und die Migrantin als Teil eines Kollektivs, sie sind ihres Subjektstatus beraubt. So erschliesst sich uns die Tatsache, dass wir hinsichtlich dessen, was faktisch unter Integration zu verstehen ist, keinen Fortschritt machen, im Gegenteil. Denn in den letzten fünf Jahren hat man sich weniger denn je von einem kulturalisierenden, defizitorientierten und assimilatatorischen Ansatz gelöst. Das Menschenbild der einwandernden Person, deren Zulassung arbeitsmarktlich reguliert wird, ist entsprechend der neoliberalen Technokratisierung vom transnational agierenden „unternehmerischen Selbst“ bestimmt.

Der Band ist in drei Teile unterteilt: in einen politisch-rechtlich-historischen, einen theoretischen und einen lebensweltlichen. Die wichtigen und entscheidenden Gesetzestexte sowie die für das Verständnis notwendigen Angaben zu den politischen Entscheidungsfindungsprozessen finden sich entweder in den Texten selbst oder als Fussnoten respektive im Anhang.

Als Herausgeberin hätte ich gerade beim vorliegenden Thema wohl mit den lebensweltlichen Darstellungen angefangen und darauf aufbauend die theoretischen und historisch-politischen Kapitel konzipiert. Nichts zeigt auf derart beeindruckende Weise die Urproblematik hinsichtlich des Umgangs mit und der Hierarchisierung von Differenz besser als die Lebensgeschichte von Frau B.K., beschrieben und diskutiert von Thomas Huonker im letzten Kapitel zu den Jenischen in der Schweiz. Keine abstrakte, theoretische Diskussion schafft es, das Erleben von Diskriminierung und Ausschluss nahezubringen wie die von Zeynep Yerdelen in Zusammenarbeit mit ihren Schülerinnen und Schüler niedergeschriebenen Erinnerungen an tatsächlich erlebte und erlittene Vorfälle.

Es erstaunt auch nicht, wenn gerade der Beitrag von Alicia Gamboa über die Arbeit der feministischen Friedensorganisation, cfd, unverblümt zutage fördert, dass wirklich angestrebtes Empowerment und echte Partizipationsmöglichkeiten die vorherrschenden Integrationsfördermassnahmen ersetzen sollten, da besonders bei Frauen (aber eben nicht nur dort) die strukturellen Barrieren zahlreich sind, die ihren eigenständigen Weg behindern. Es verwundert auch nicht, dass gerade dieser Beitrag explizit auf den Vorgang der allgegenwärtigen Kulturalisierung bei Migrantinnen und Migranten hinweist und für eine Entkulturalisierung

strukturell angelegter Probleme plädiert. Hier zeigt sich deutlich, wie weit wir in der Schweiz von einer ressourcenorientierten, die gesamte Gesellschaft betreffende Zugangsweise entfernt sind, die einen sorgsamem Umgang mit Differenz pflegt (vgl. die drei Leitlinien im integrationspolitischen Leitbild des Kantons Basel-Stadt).

Dass diese eindrücklichen Beiträge im vorliegenden Band nach den historisch-rechtlich-politischen und den theoretischen folgen, entspricht den Gepflogenheiten solcher Publikationen. Die Ausführungen von Hans-Rudolf Wicker explizieren die normative und institutionelle Umsetzung dessen, was im Buch unter Integrationsdiskurs verstanden wird. Es handelt sich um eine Einführung in das modernisierungstheoretisch begründete und im Nationalstaat gut verwurzelte Prinzip der hausgemachten Polarisierung zwischen Personen mit und solchen ohne Bürgerrecht in einem gegebenen Territorium. Durch das ganze letzte Jahrhundert hindurch zieht sich die Frage: Was gestehen die Mitglieder der Mehrheitsbevölkerung den anderen zu?

Die Angst vor Überfremdung und eine Kultur des ungleichheitschaffenden Umgangs mit Zuwanderung haben sich bis heute gehalten. Die neuen institutionellen Rahmenbedingungen dieses Umgangs haben sich kaum verändert, wohl aber die Zusammensetzungen der Gruppen. Immer noch ist die Schweizer Zulassungspolitik gekennzeichnet vom tiefen Glauben an eine Andersartigkeit aufgrund von Herkunft. Während in den 1960er Jahren die „Gastarbeiter“ aus Italien oder Spanien die „ganz anderen“ waren, so haben sich die Grenzen, die die Differenz markieren, nun an die Ränder von Europa verschoben. Wicker weist in seinen Ausführungen auch darauf hin, dass das alte Vermächtnis,

alles was mit Migration zu tun hat, der Polizei zu überlassen, heute wieder eine Renaissance erfährt (S. 37). Durch diese Organisationsstruktur wird reflexartig der Bedrohenscharakter erneut wirksam, sobald der Blick auf Migration fällt.

Nicht einig gehe ich mit Wickers Einschätzung, dass die individualistische Sicht auf Migration zwingend assimilatatorisch sein muss (S. 41). Im Gegenteil bin ich der Auffassung, dass es eines Umgangs bedarf, der die Zugewanderten nicht kollektiviert, sondern ihnen ihren verlorengegangenen Status als handelndes Subjekt und Individuum in allen Lebenslagen zurückgibt. Wie Simone Prodolliet darlegt (S. 58), ist die Kollektivierung ein nahrhafter Boden, auf dem die Abgrenzung von und die Problematisierung ganzer Gruppen gedeiht, was wiederum dazu führt, dass Stereotypisierungen und Stigmatisierungen weiterhin zunehmen. Damit thematisiert sie Probleme der Schweizer Integrationskultur und nimmt die Mehrheitsgesellschaft in den Fokus.

Zudem werden im juristischen Beitrag von Lucie von Büren / Judith Wyttenbach, der auch für Nichtfachpersonen nachvollziehbar ist, die Bedenken von Prodolliet voll bestätigt. Dieser zeigt darüber hinaus, dass sowohl das neue Ausländergesetz als auch dessen Ausführungsverordnungen über eine relativ geringe Normdichte verfügen, womit den Personen, die in der Verwaltung Entscheidungen treffen

müssen, für einen allzu grossen Ermessensspielraum Tür und Tor geöffnet wird. Die Autorinnen finden, dass die nahezu unkohärente Praxis „aus verfassungsrechtlicher Perspektive bedenklich“ (S. 93) ist.

Die Kontinuität der fortwährenden Dichotomisierung im Umgang mit Migration, die auch als „Kulturprodukt“ der Schweizer und europäischen Geschichte zu sehen ist, wird durch das Konzept des „Förderns und Forderns“ verstärkt. Dieses lässt sich theoretisch, in Anlehnung an Foucault, als Regierungstechnologie verstehen, wie Esteban Pineiro und Jane Haller ausführen, oder als eine staatlich verordnete Pädagogisierung, so Inès Mateos, wenn etwa mit der Zauberformel „Sprache als Schlüssel zur Integration“ von ökonomischen und strukturellen Faktoren abgesehen wird. Sie weist zudem stringent nach, dass Migrantinnen und Migranten auf die Herkunfts- oder Zielsprache reduziert werden und in ihrer Mehrsprachigkeit nicht wahrgenommen werden.

Der Versuch, Ansätze und Konzepte eines Standort- und Perspektivenwechsels in der Integrationspolitik vorzustellen, ist mit diesem Sammelband mehr als gelungen. Er muss allen PolitikerInnen, Fachpersonen und Dozierenden sowie Studierenden im Bereich Migration/Integration an Universitäten und Hochschulen zur Lektüre auch dringlichst empfohlen werden.

Rebekka Ehret

Migration und Familie

Tagungsbericht 10. Internationale Konferenz
10.-12. Juni 2010 Universität Basel

Familien kamen in der Migrationsforschung lange nicht vor, wie auch in der Familienforschung nur wenige Projekte einen Bezug auf Migration herstellen. Im öffentlichen Diskurs haben Migrationsfamilien meistens eine schlechte Presse. So werden sie in den aktuellen Debatten um soziale Teilhabe und Bildung vor allem als sozialer Ort beschrieben, an welchem die Eltern ihre erzieherische Verantwortung den Kindern gegenüber nicht oder nur unzureichend wahrnehmen. Es gilt daher mit guten Gründen der Tatsache Rechnung zu tragen, dass sich die Veränderungen in Migrationsprozessen auf die innere Strukturierung und die gesellschaftliche Verortung von Migrationsfamilien auswirkt. Auffallend ist, dass in der gegenwärtigen Migrationsforschung Begriffe wie „Transnationalität“ oder „Transkulturalität“ einen zentralen Stellenwert einnehmen.

Anlass gab es genug, die 10. internationale Konferenz unter dem Titel „*Migration und Familie*“ zu stellen. Die Tagung wurde in Kooperation mit dem Institut für Regional- und Migrationsforschung IRM (Trier, Deutschland), dem Centre de Documentation sur les Migrations Humaines CDMH (Dudelange, Luxemburg), dem Institut für Integration und Partizipation der Hochschule für Soziale Arbeit FHNW (Olten) und der Alpen-Adria-Universität, Fakultät für Kulturwissenschaften, Abteilung Interkulturelle Bildung (Klagenfurt) durchgeführt. Die letzten neun Konferenzen fanden jeweils in Trier und Luxemburg statt; für die zehnte Austragung zog die Tagung ans Dreiländereck nach Basel, zu der sich 120 Teilnehmende aus Wissenschaft und Praxis einfanden.

Gleich im Eröffnungsvortrag zur Tagung wies Eleonore Kofman (Middlesex University, Enfield UK) auf die Vernachlässigung des familiären Aspekts in den akademischen wie auch politischen Diskussionen zu Migration hin; in diesen beschäftigt man sich in erster Linie mit Fragen der Flucht- und Arbeitsmigration. Kofman forderte, die Auswirkungen staatlichen Regulierungshandelns im Hinblick auf die Förderung oder Belastung transnationaler Familien stärker zu beachten. So machte sie deutlich, dass es sich bei der Familie um ein grundlegend konservatives Konzept handelt, welches nicht zuletzt der Reproduktion nationalstaatlicher Strukturen dient. Rhacel Parreñas (Brown University, Providence USA) konnte in ihrem Vortrag daran anschliessen. Am Beispiel der Philippinen zeigte sie auf, wie transnationale Migrantinnen als Mütter mit den konkreten Herausforderungen im Migrationskontext umgehen und wie sich dies auf die sozialen Verhältnisse und insbesondere auf die Geschlechterverhältnisse im Herkunftsland auswirkt. Migrierende philippinische Mütter werden aufgrund der hartnäckig andauernden paternalistischen Vorstellungen, insbesondere was die geschlechterspezifische Trennung zwischen Erwerbsarbeit und Hausarbeit angeht, weitgehend stigmatisiert.

Die folgenden Beiträge in verschiedenen Workshops regten zu intensiven Diskussionen unter den teilnehmenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Studentinnen und Studenten sowie Professionellen der Sozialen Arbeit an. Das Themenspektrum war weit abgesteckt und beleuchtete den

Komplex „Migration und Familie“ unter verschiedenen Gesichtspunkten. So wurden in einem Workshop Forschungsergebnisse zu individuellen Entscheidungsprozessen für oder wider Migration erörtert, während in einem anderen Panel unter dem Schlagwort „Policies“ das staatliche Handeln in den Blick genommen wurde, welches Migration fördert oder beschränkt; dabei ist es klar, dass dadurch die Lebensverhältnisse von Migrantinnen und Migranten nachhaltig geprägt werden. Albert Kraler (International Centre for Migration Policy Development, Wien) wies in diesem Zusammenhang auch auf die statische Konstruktion von Familie aufseiten des Staates hin, die – gerade wenn sie kulturalistisch aufgeladen wird – zu einer zunehmenden Ungleichbehandlung hinsichtlich der Zuweisung oder Einschränkung von Rechten führt.

Marianne Krüger-Potratz (Universität Münster) untersuchte Migration und Familie aus erziehungswissenschaftlicher Perspektive und sieht in der Schule exemplarisch eine staatliche Institution, die aufgrund ihrer Einflussnahme – auch wegen ihres ethnizierenden Blicks, der die situative Komplexität in Familien unzureichend erfasst – strukturierend in die Familie eingreife. Die Referentin stellte fest, dass aus erziehungswissenschaftlicher Sicht wenig über die Familie und ihre spezifischen sozialisatorischen Leistungen bekannt ist. Familie stellt gleichsam eine „Black Box“ dar; und deshalb besteht verstärkter Forschungsbedarf, nach den Ursachen zu fragen, warum der wissenschaftliche Blick auf „Migrationsfamilie und Schule“ vernachlässigt wurde. Cornelia Helfferich (Evangelische Hochschule, Freiburg) schloss in ihrem Referat an diese Überlegungen an und plädierte dafür, das Zusammenspiel von Bildungs-, Familien- und Migrations-

biografie als möglichen Zugang zum Verständnis des oft komplizierten Verhältnisses von Migration und Familie zu nutzen. Ihre Studien weisen darauf hin, dass erlebte Benachteiligungen oder Chancen eng mit biografischen Erfahrungen zusammenhängen.

Überdies wurde in mehreren Referaten dezidiert auf den Begriff der Transnationalität Bezug genommen, und dies nicht nur bei der Analyse temporärer Migration, sondern insbesondere auch zur Beschreibung sozialer Interaktion über die Grenzen der Nationalstaaten hinaus: In ihrem Beitrag über transnationale Kooperationsformen verwies Ursula Apitzsch (Universität Frankfurt/M.) darauf, dass die realen Hintergründe des mit Transnationalismus bezeichneten Phänomens letztlich auf Arbeitsmigration beruhen. Insofern darf in der Untersuchung von Migration und Familie der Aspekt der Erwerbsarbeit sowie derjenige staatlicher Arbeitspolitik nicht vernachlässigt werden. Begriff und Konzept von Transnationalismus müsse auch kritisch diskutiert beziehungsweise präziser gefasst werden.

Am Ende der Tagung schlug Dirk Hoerder (Arizona University, Tuscon USA) vor, an Stelle des Begriffs Transnationalismus besser von transkulturell, translokal und transregional zu sprechen. Einerseits schränke sich der Begriff der Transnationalität durch die Begrenztheit nationalstaatlicher Konzepte, welche für einen selektiven Zugang zu Ressourcen entlang nationaler Zugehörigkeiten stehen, inhaltlich in seiner Reichweite ein. Andererseits ermöglichen die begrifflichen Alternativen transkulturell, translokal und transregional, die durch Migration entstehenden Veränderungen in den sozial-räumlichen Beziehungen von familialen Netzwerken weit präziser zu fassen; schliesslich seien die einzelnen

Familien jeweils in einem konkreten Umfeld eingebunden.

An der Konferenz ist es gelungen, aktuelle theoretische Fragen anhand vielfältiger empirischer Studien im Kontext von „Migration und Familie“ aufzugreifen. Die insgesamt 32 Vorträge boten in einem weitreichenden Überblick über die Thematik vielerlei Anknüpfungspunkte für die engagiert geführten Diskussionen. Wiederholt vorgebrachte Voten in diesem Austausch bestanden in einer Kritik an

einem zu statischen und bisweilen ideologisch aufgeladenen Begriff der Familie sowie auch in der Forderung nach einer Präzisierung oder gar Neubestimmung des Konzepts der Transnationalität. Im Sinne dieser zu klärenden Fragen ist es zu begrüßen, dass dieser Dialog im kommenden Jahr an der Alpen-Adria Universität in Klagenfurt (16.-18. Juni 2011) an der 11. Tagung unter dem Titel „Migration und Kultur“ fortgesetzt wird.

Philipp Eigenmann

Heinz Kleger: Toleranzedikt als Stadtgespräch. Medienlabor KG, Stadtverwaltung Potsdam 2010 (65 S.)

Im Kontext der Integrationsdebatten ist auf eine Studie von Heinz Kleger, Professor für Politische Philosophie, aufmerksam zu machen: Toleranzedikt als Stadtgespräch. Einleitend greift er darin historisch auf das Toleranzedikt von 1685 zurück. Dieses bot den hugenottischen Glaubensflüchtlingen im Zuge der aktiven Einwanderungspolitik des preussischen Herrscherhauses eine neue Heimat. Er betont aber sogleich, dass dieses Edikt bestenfalls ein lehrreicher Anknüpfungspunkt sei, nicht jedoch eine Grundlage für die heutige Diskussionen über Einwanderung, Integrationsprozesse und Toleranz bilden könne.

Um im Rahmen der Bewerbung als Wissenschaftsstadt die aufgekommene Idee, ein neues Toleranzedikt vorzulegen, realisieren zu können, fanden in Potsdam im Jahre 2008 organisierte Dialoge, spontane Gespräche in verschiedenen Stadtteilen und gesellschaftlichen Bereichen statt. Es wurden 66 Diskussionstafeln an 60 Standorten aufgestellt, auf denen mehr als 2000

Meinungsäußerungen aus der Bevölkerung zur Vorstellung von einer weltoffenen und toleranten Stadt der Bürgerschaft zum Ausdruck gebracht wurden. Die Seite www.potsdamer-toleranzedikt.com verzeichnete bis Ende September 70'000 Zugriffe, im Rahmen einer Unterschriftenaktion bekannten sich 3'000 Menschen zu einem weltoffenen und toleranten Potsdam. Die 4. Potsdamer Erlebnismacht mit dem Motto „Toleranz bedeutet, unter Fremden neue Freunde zu finden“ wurde von über 80'000 Personen besucht.

Ab November 2008 wurden die Diskussionstafeln in den Bahnhofspassagen erneut ausgestellt. Das Toleranzedikt war abgeschlossen und konnte verteilt werden, woraufhin erneut verschiedene Projekte und Gespräche in und mit verschiedensten Schulen stattfanden. Im Laufe dieser Stadtgespräche wurden nicht zuletzt dank der Berichterstattung der Medien und der Präsenz der Diskussionstafeln in der Stadt viele Menschen erreicht. Dabei lässt sich die Resonanz in der Öffentlichkeit nur zu einem kleinen Teil messen, war doch die Beteiligung über Gespräche sehr viel grösser als die schriftlichen Stellungnahmen.

Das Toleranzedikt wurde von allen demokratischen Parteien unterstützt; dabei weist der Autor darauf hin, dass hinsichtlich der Beteiligungsform zwischen den zivilgesellschaftlich Aktiven und den politisch Aktiven ein Unterschied aufgefallen ist. So seien die zivilgesellschaftlichen Aktiven eher unscheinbar und unbekannt geblieben. Diese seien letztlich für ein solches stadtweites Unterfangen jedoch entscheidender, bildeten sie doch die zivilisierenden Elemente der „innovativen Bürgergesellschaft“ und sorgten für Voraussetzungen, die weder Staat noch Politik garantieren können. Ihr Engagement sei nicht politisch im engeren Sinne, aber im allgemeinen Bewusstsein eines erwünschten guten Zusammenlebens verschiedener Menschen unterschiedlichster Herkunft, und insofern politisch bedeutsam.

Im Kapitel *Demokratie bedarf der Selbstaufklärung* diskutiert Kleger den Aufklärungsbegriff beziehungsweise die Theorien der Aufklärer im Laufe der Geschichte und erläutert, weshalb das historische Edikt nicht einfach neu adaptiert werden konnte. Die neuen Aufgaben liessen sich durch den historischen Abstand vor allem in zweierlei Hinsicht ermessen: So könne es erstens nicht mehr um einen Erlass von oben gehen, vielmehr seien teils unbequeme Diskussionen mit inhaltlichen Angeboten und Anstössen zu führen. Zweitens gehe es nun tatsächlich um Toleranz in der Bedeutung, die sie für Menschen im alltäglichen Umgang habe.

Aufklärung müsse heute den Salon verlassen und in die Stadt hineingetragen werden. Der Autor weist jedoch auch auf die fehlende Kommunalisierung des Projekts Toleranzedikt hin und wirft folgende Fragen auf: Wie wird es ein selbstverständlicher Bestandteil der Bürgerschaft? Wie versteht sich der „Brandenburger“ heute?

Wie kommen wir – ausgehend von Freiheit und Toleranz – zu einer kohärenten Werteorientierung, die sich auf die hauptsächlichen Probleme unserer Zeit bezieht? Und welche Rolle spielt dabei der Staat?

Die Diskussion über die Bedeutung von Toleranz im Zusammenleben der Menschen, so der Autor, führe zu einer lebenspraktischen Reflexion über Werte und ihren Zusammenhang, die genauso die Identitätsbildung wie ein politisches Gemeinwesen formten. Zu den Wertezusammenhängen beziehungsweise zur Werteorientierung führt er konkretisierend aus, dass sowohl Aufklärung und Toleranz als auch Freiheit und Toleranz zusammengehörten. Freiheit und Gleichheit, welche die Grundelemente der Demokratie seien, würden sich richtig verstanden nicht ausschliessen, sondern sich gegenseitig bedingen. Toleranz setze eine grundlegende Solidarität voraus und sei eine Konsequenz der Freiheit. Solidarität wiederum sei eine Konsequenz der Toleranz.

Der Autor folgert schliesslich, dass ein Toleranzedikt als Stadtgespräch Zeit und Ort sei, um über Werte, die nicht bloss in der Aufzählung eines Tugendkatalogs bestünden, etwas Zusammenhängendes und Verbindliches zu sagen, bestehe doch die Möglichkeit, andere, teils neue Werte ins selbstbestimmte Leben aufzunehmen, diese neu zu sortieren und zu kombinieren; denn Wertewandel sei nachweisbar und weiterhin möglich. Er weist darauf hin, dass sich dabei auch die Frage nach den Voraussetzungen stelle, damit Menschen zu punktuellen Einigungen über Wertekonflikte überhaupt in der Lage seien, wobei nicht die Frage nach der negativen oder positiven Freiheit im Vordergrund stehe, sondern wie eine Gesellschaft beschaffen sein müsse, um über ein Minimum an gemeinsamen Werten und einen minimalen Konsens über

deren interne Ordnung zu verfügen.

Nach Ansicht des Autors muss Demokratie als un abgeschlossener Prozess verstanden werden. Sie müsse heute transnational erweitert sowie regional und lokal vertieft werden, wobei Demokratie ein Risiko, nicht aber eine Gefahr sei. Zur Lebensklugheit gehöre deshalb nicht nur die Toleranz, sondern auch die Sorge, Toleranzbereitschaft nicht über Gebühr ungleich zu strapazieren. Seines Erachtens sollten Menschen lebensklug genug sein, um zu wissen, dass menschliche Beziehungen und demokratische Politik dann am besten funktionierten, wenn alle Beteiligten auf ihre Kosten kämen. Die passiv (erlebte) Seite der Toleranz und ihre aktive (handlungsmässige) Seite seien auszubalancieren. Die Toleranz sei mehrdeutig und bedeute Geduld, Offenheit und Zivilisierung von Differenz.

Im Kapitel *Stadt der Bürgerschaft* schildert der Autor sodann die Entwicklung der Stadt Potsdam und insbesondere ihre (Wechsel-)Beziehung zu und mit ihren Bürgern seit dem Mauerfall. Die differenzierte und heterogene Stadtgesellschaft lasse sich nicht leicht vertreten. Aufgrund der politischen Spaltung zwischen den Staatsbürgern und den Wohnbürgern sowie der aus den Voraussetzungen der Bürgerqualifikation herrührenden sozialen Spaltung der Bürger, sei eine *einbeziehende* Bürgerschaftspolitik Voraussetzung für eine demokratische Politik der Bürgerschaft.

Das Stadtgespräch in Potsdam ergab, dass Toleranz für die meisten Menschen etwas Grundlegendes und Wichtiges im alltäglichen Zusammenleben ist, weil mit dem Toleranzbegriff Wahrnehmung und Akzeptanz des Anderen und von sich selbst verbunden wird. Des Weiteren wurde im Zusammenhang mit Toleranz immer wieder der Wunsch nach mehr Gesprächsfä-

higkeit geäussert, der Bereitschaft also, zuhören zu können und gehört zu werden. Ausserdem assoziierten die Potsdamer Toleranz mit Offenheit und Freundlichkeit. Der Autor erachtet diese Ausweitung des Toleranzbegriffs als vor- und nachteilig: Einerseits solle er produktiv bleiben, doch entspreche eine Mehrdeutigkeit des Begriffes andererseits gleichzeitig der lebensweltlichen Verständigung der Menschen untereinander, woran die Sozialwissenschaft und die politische Theorie anknüpfen sollten, um den Kontaktverlust zu der Bevölkerung zu verhindern.

Ein weitgefasster Toleranzbegriff könne ausserdem Bündnisse und Allianzen bilden, eröffne zahlreiche Möglichkeiten, um verschiedene Projekte auf den Weg zu bringen. Diese zahlreichen Projekte müssten schliesslich wieder zusammengeführt werden, wodurch die Stadt der Bürgerschaft schliesslich allmählich wachse. In Anwendung auf Potsdam bedeute dies mitunter, das Toleranzedikt, das städtische, sich auf unterschiedliche Dimensionen (Arbeitsmarkt, Wohnen, Sprache, Verwaltung, Selbstorganisation der MigrantInnen, Beratung und Religion) beziehende Integrationskonzept, und die bundesweite Unternehmensinitiative Charta der Vielfalt zusammenzuführen, damit sie in die vielfältige Stadtgesellschaft diffundierten.

Vom Toleranzedikt wurden bis zur Publikation dieser Studie 17'000 Exemplare verteilt, das Stadtgespräch erhielt enorme Resonanz und liess neue Kontakte entstehen. Dies soll durch den Verein „Neues Potsdamer Toleranzedikt – Gemeinsam für eine weltoffene Stadt e.V.“ gewährleistet werden, sei doch eine zivile Tugend wie die Toleranz lebenswichtig für eine Stadt wie Potsdam. Deren bereits erwähntes Integrationskonzept überschneidet sich mit dem Toleranzedikt. Am Integra-

tionskonzept – mit dem Leitbegriff Interkulturelle Öffnung – arbeiten acht Arbeitsgruppen mit rund 75 Mitgliedern. Mit Michael Walzer geht der Autor davon aus, dass Toleranz, die auch eine Zivilisierung der Differenzen anzielt, umso nötiger ist, als mehr Freiheit auch mehr Differenzen mit sich

Frigga Haug (Hg.): Briefe aus der Ferne. Anforderungen an ein feministisches Projekt heute. Argument Verlag Hamburg (317 S., € 18.50)

Die „Briefe aus der Ferne“ sind das Ergebnis einer Umfrage, die Frigga Haug an Feministinnen in aller Welt richtete: „Wie könnte ein linkes feministisches Projekt heute aussehen?“ Zur Vorgeschichte: Der Vorstand der neugegründeten Partei DIE LINKE. hatte sie gebeten, Vorschläge zu erarbeiten, wie die „frauenpolitische Kompetenz der Partei“ erhöht werden könne – eine dringliche Frage angesichts der verhältnismässig zu wenigen Eintritte von Frauen in die neue Partei.

Wenn sich auch in Deutschland die Geschlechterforschung in den Institutionen zu verankern beginnt, wird in den Medien über „Feminismus“ kaum noch öffentlich debattiert. Und wenn die CDU-Familienministerin Kristina Schröder und andere arrivierte Politikerinnen generell „Feminismus“ heute für „längst überholt“ halten, derweil in der CSU um Frauenquoten gestritten wird, scheinen sie unter anderem signalisieren zu wollen, dass das Problem der Gleichberechtigung gelöst sei. Heute stünden Wirtschaftskrise, Verarmung, Klimakatastrophe, Krieg und AKW-Laufzeitverlängerung im Vordergrund, und zwar eines „gemeinsamen“ politischen Interesses von Män-

bringe. Deshalb sei, wenn die Freiheit im Mittelpunkt stehe, von einer Politik der Differenz auszugehen. Die – auch für die Schweiz – brisante Frage u.a. lautet dann: Was bedeutet „Einheit in Verschiedenheit beziehungsweise Integration von Differenz“?

Hanspeter Uster

nern und Frauen. Was soll angesichts dessen da noch „Feminismus“?

Vor dem Hintergrund solcher Problemverschiebungen im öffentlichen Diskurs kommen die von Frigga Haug herausgegebenen „Briefe aus der Ferne“ zum richtigen Zeitpunkt heraus. Es sind siebenundvierzig teils kurze, teils sehr ausführliche Antworten aus dreizehn Ländern auf sechs Kontinenten. Wissenschaftlerinnen äussern sich ebenso wie Aktive aus Bewegungen, das inhaltliche Spektrum ist ebenso breit wie das geographische. Theoretische Überlegungen stehen neben praktischen politischen Forderungen, Berichte aus anderen Erdteilen neben den Darstellungen verschiedener Einzelaspekte weiblichen Arbeitens und Lebens. „Ein möglicher Einschluss feministischer Dimensionen in ein linkes Programm wird weltweit als aufregend diskutiert. Diese Diskussion ist daher für sich selbst schon ein Politikum“, schreibt Frigga Haug in ihrem Vorwort. Diese „Briefe“ sind aber auch für alle, deren „Herz links schlägt“, enorm anregend. Gerade die Briefform macht die Beiträge lebendig, gut lesbar und verführt dazu, den Stoff nach- und weiterzudenken.

Die Begeisterung der Autorinnen für das Projekt teilt sich auch der Leserin mit. Die sehr unterschiedlichen Briefe ergeben kein gefälliges Gesamtbild eines irgendwie homogenen Femi-

nismus mehr, vielmehr zeugen sie von der zunehmenden Breite und Vielfalt feministischen Denkens, Forschens und Handelns (z.B. Ersetzung einer Ethik des Rechts durch eine Ethik der Sorge; Gegenüberstellung der Ganzkörperverhüllung und der westlichen Hypersexualisierung der Frau; kulturelle Identitäten; poststrukturalistische Analyse; Feminismus und Familie). Gerade diese Vielfältigkeit macht die Briefe so spannend. Sie wecken Zustimmung, Widerspruch, Neugier – kurz, den raren Wunsch, die breite Debatte darüber sei dringend zu vertiefen. Und sie machen Mut: Mehr denn je ist aus Frauensicht eine andere Welt denkbar.

Im Unterschied zu üblichen linken Debatten sprechen sich viele Autorinnen für die Anerkennung von Vielfalt aus. Es geht nicht mehr um Rechthabereien oder Kämpfe um die Definitionsmacht, im Gegenteil, es manifestiert sich ein Streben nach gemeinsamen Perspektiven und dem Lernen, in Widersprüchen – dialektisch – zu denken. Differenzen werden einbezogen und nicht ausgeschlossen, ignoriert. Doch wird auch die Herausarbeitung eines gemeinsamen politischen Rahmens angemahnt, um Relativierungen zu vermeiden. Prinzipiell einig ist man sich im Eintreten gegen jegliche Unterdrückung, nicht nur die der Frauen.

Da Frigga Haug nach Ideen für ein linkes feministisches Projekt gefragt hatte, überrascht es nicht, dass die Antworten durchweg kapitalismuskritisch sind und häufig globale Aspekte wie das zusammenbrechende Ökosystem oder Hunger, Krieg und Armut thematisieren. Fragen nach dem Verhältnis von Patriarchat und Kapitalismus sowie nach einem anderen Arbeitsbegriff, um die Trennung der Bereiche in Produktions- und Reproduktionsarbeit zu überwinden, kommen ausführlich unter verschiedenen Gesichts-

punkten zur Sprache, der herrschende Konsumismus wird heftig kritisiert.

Die nach dem Zusammenbruch der „staatssozialistischen“ Kommandowirtschaft entstandene „weltanschauliche Leerstelle“ wird als eine Chance wahrgenommen, die Gesellschaftsveränderung vom Standpunkt ihrer Reproduktion statt ausschliesslich von der Produktion aus in den Blick zu nehmen. Briefe aus Afrika, Brasilien und Indien spiegeln die globalen Folgen kapitalistischen Wirtschaftens zurück und unterstreichen die immer noch zu stark ausgeblendete Dimension, dass jede linke feministische Politik heute global gedacht werden muss.

Während Linke vorschnell geneigt sind, die Lösung von gesellschaftlichen und sozialen Problemen vom Staat zu erwarten, scheint die feministische Haltung gegenüber dem Staat eher distanziert bis kritisch zu sein. Zwar richten sich viele Forderungen an den Staat, z.B. auf die Stärkung respektive einen Aufbau des Wohlfahrtsstaates, wo es ihn noch nicht gibt, aber vor allem wird in Lösungsvorschlägen auf mehr Selbstbestimmungs- und Mitentscheidungsmöglichkeiten gepocht. Einige Autorinnen weisen auf Projekte „von unten“ eines heute schon praktizierten „guten“ Lebens hin wie die partizipatorische Ökonomie (Parecon), eine dezentrale und demokratische Planwirtschaft, oder Projekte eines Lebens in Genossenschaften oder kommunitären Arbeits- und Wohngemeinschaften.

Frigga Haug gebührt das Verdienst, einen Kompass für ein zukunftsfähiges feministisches Projekt vorgelegt zu haben, in dem alle vier zentralen Bereiche des Lebens – Erwerbsarbeit, Reproduktionsarbeit, Entwicklungschancen und Politik – zusammengefügt und -gedacht werden: die „Vier-in-einem-Perspektive“. Diese wird von

einigen Autorinnen explizit als theoretische Grundlage eines neuen linken Feminismus aufgegriffen und von anderen wiederum um weitere Aspekte ergänzt. Man darf gespannt sein, in welchem Ausmass die Analysen, die Orientierungsziele und Forderungen in die laufende Programmdebatte der LINKEN Eingang finden werden.

Ueli Mäder, Ganga Jey Aratnam, Sarah Schilliger: Wie Reiche denken und lenken. Reichtum in der Schweiz: Geschichte, Fakten, Gespräche. Rotpunktverlag Zürich 2010 (448 S., Fr. 38.–)

Die Schweiz hat – nach Singapur und Hongkong – die dritthöchste Millionärsdichte der Welt: Rund 220'000 Personen besitzen ein Anlagevermögen von mehr als einer Million US-Dollar. Dazu gehören Nachkommen des alten Adels, neureiche Erbinnen, Topmanager und Unternehmer mit ihren Kindern, Aktien-, Immobilien- und Landbesitzende, Stars aus Kultur, Sport und Showbusiness. Aber wie denken Reiche überhaupt? Und welche gesellschaftliche Bedeutung hat der Reichtum? Der Basler Soziologie-Professor Ueli Mäder ist zusammen mit Ganga Jey Aratnam und Sarah Schilliger diesen und weiteren Fragen nachgegangen und hat ein vielbeachtetes neues Buch zum Reichtum in der Schweiz vorgelegt. Und es hat in den Medien eine enorme Resonanz gefunden.

Die multiperspektivische Herangehensweise überzeugt auf Anhieb. Die Autoren und die Autorin nähern sich dem Phänomen Reichtum auf verschiedenen Wegen an: Die Studie enthält einen historischen und statistischen Teil, theoretische Zugänge, ein Kapitel über Reichtum und Macht, eine Reflexion über Medien-

Denn Haugs Einschätzung ist zuzustimmen: „Der Hauptindruck, der nach der Lektüre des Buches bleibt, ist, dass die Frauen der Welt eine grosse Kraft sind, gerade weil sie so verschieden sind. Wo sie sich zusammentun, entsteht Synergie. Das Projekt wird weitergehen.“ (S. 313)

Toni Brinkmann

diskurse, über die räumliche Verteilung und über die gesellschaftlichen Folgen und Implikationen von Reichtum. Das Herzstück bilden die insgesamt 34 von über 100 geführten Gesprächen mit Reichen und Fachleuten, die viel Erfahrung mit und Kenntnisse von der Arbeit der Reichen in der Schweiz haben. Der Reichtum stammt entweder aus Familienbesitz oder aus eigenem Erwerb; die meisten von ihnen unterstützen soziale oder kulturelle Institutionen oder besitzen eigene Stiftungen.

Inhaltlich gesehen baut das Buch auf einer früheren Schweizer Reichtumsstudie von Ueli Mäder und Elisa Streuli aus dem Jahr 2002 auf. Die dortigen Forschungsergebnisse werden zum Teil vertieft, doch es kommen jetzt neue, sehr zentrale Aspekte hinzu wie beispielsweise ein Kapitel über die symbolische Manifestation von Reichtum durch den Ort und deren Reproduktion in familiären und sozialen Netzwerken. Ein weiteres Kapitel widmet sich der Frage nach der dem Geld innewohnenden Machtdynamik, vermittelt über die Verflechtung von Wirtschaft und Politik.

Von den porträtierten Reichen sind einige – insbesondere Männer – öffentlich bekannte Personen. Waren im ersten Buch die Gesprächsteilnehmer alle anonym geblieben, werden die Interviewten hier namentlich genannt. Dadurch erhält der Reichtum ein Gesicht,

was die Gespräche auch lesbarer macht. So erfahren wir, wie etwa André Dosé, Daniel Vasella oder Dieter Behring persönlich über Geld, Macht und gesellschaftliche Einflussnahme denken. Und wenn der Fussballer Benjamin Huggel davon spricht, dass Freiheit auch bedeute, eine Vorstellung für die Sorgen und Nöte anderer zu bekommen oder Moritz Suter den Beruf seines Vaters als Komponist mit seiner eigenen Tätigkeit als Unternehmer vergleicht, dann sind solche Informationen zwar von eher geringerer Bedeutung, sie scheinen aber nun zu interessieren, weil die Interviewten nicht mehr anonym sind.

Auch wenn bei der Autorisierung der Interviews manche Aussagen zurückgezogen oder umformuliert wurden, hat dies vor allem mit der Textform des veröffentlichten Gesprächs zu tun: Interviews geben nie nur die eigene Meinung wider, sie dienen auch der medialen Inszenierung der eigenen Person. Öffentlich geäusserte Meinungen bewegen sich immer im Rahmen der sozialen Erwünschtheit und gesellschaftlich erwartbaren Akzeptanz.

Dies gilt beim Reden über das Tabuthema Geld in besonderem Mass. Wer möchte selbst als geizig dastehen wollen oder zugeben, dass ihn der Börsenbericht mehr interessiert als die weltpolitische Lage? Welcher Manager in einer Bank oder Versicherung würde nach der Finanzkrise das Bankensystem oder Unternehmen fundamental infragestellen? Es ist deshalb nicht überraschend, dass sich in diesem Kapitel die bekannten Topmanager nicht exponieren wollten oder durften.

Nur scheinbar einfacher ist das Reden über Geld in einem philanthropischen Kontext: Das Bedürfnis, etwas Gutes zu tun, ist natürlich auch bei Reichen vorhanden und kann von sehr produktiver Wirkung sein. Einige Mä-

zeninnen, die namentlich nicht genannt werden wollten, kultivieren in der in ihren Kreisen gewohnten vornehmen Diskretheit die Überzeugung, dass man zwar generös geben, aber nicht darüber sprechen sollte. Viele kulturelle und soziale Institutionen in der Schweiz wären ohne die Zuwendungen Privater gar nicht finanzierbar oder hätten nicht dieselbe Ausstrahlungskraft. Und dass Reiche lieber selbst entscheiden, wofür sie ihr Geld ausgeben – und nicht Steuererhöhungen für einen besseren Service public unterstützen –, ist ihnen in ihrer Lage nicht zu verdenken.

Gesellschaftlich gesehen ist jedoch eine Umverteilung notwendig, wird in der Studie gefordert. Die konkreten Vorschläge sind: eine angemessene Besteuerung von Kapitalgewinnen und von Immobilien zum Marktwert, einheitliche Erbschaftssteuern sowie eine Besteuerung von sehr hohen Einkommen und Vermögen. Für die staatliche Steuerung mehr ins Gewicht als die privaten Zuwendungen für kulturelle oder soziale Zwecke fallen die politische Einflussnahme durch diverse Verwaltungsratsmandate der Parlamentarier/innen und die verzweigten Kontakte. Der Stellenwert mancher organisierter Netzwerke ist allerdings nach Einschätzung des Forschungsteams gesunken oder wird überschätzt.

Auch wenn die Schweiz keine „Gated Communities“ kennt wie andere Städte und Metropolen, festgestellt wird eine räumliche Segregation. Es ist spannend zu lesen, aus welchen Motiven heraus der freiwillige Selbstausschluss von Reichen erfolgt. Dann beispielsweise, wenn sich die schweizerische mit der internationalen Wirtschaftselite zum alljährlichen World Economic Forum in Davos trifft und die Abschottung gegen aussen vornehmlich aus Sicherheitsgründen gerechtfertigt wird. Im Unterschied dazu sind Freizeitan-

lagen von Reichen wie beispielsweise Golfclubs eher als „lifestyle communities“ konzipiert, die Personen mit ähnlichen Interessen in einem geschützten Raum zusammenbringen. In „prestige communities“ wie dem Villenviertel am Suvrettahang in St. Moritz wird eine symbolhaft vermittelte Distinktion praktiziert. Reichtum vermischt sich hier mit wirtschaftlichem und politischem Einfluss zu einem gesellschaftlichen Machtzentrum.

Nicht-Ansässige werden nicht durch physische Zugangsbarrieren, aber durch subtile Verhaltensäusserungen ausgeschlossen. Weiter sorgen Privatkliniken, -schulen, -internate und Memberclubs dafür, dass sich Reiche in Parallelwelten bewegen. Durch Heirat unter seinesgleichen wird der Reichtum an die nächste Generation weitergegeben und so fort. Die „feinen Unterschiede“ manifestieren sich symbolisch, die gesellschaftliche Ungleichheiten verfestigen sich räumlich und reproduzieren sich intergenerationell.

Wie steht es mit der gesellschaftlichen Legitimation des Reichtums? Gemäss dem Forschungsteam sind nicht nur die Reichen in den letzten zehn Jahren trotz Finanzkrise noch reicher geworden, es hat sich auch die Kluft zwischen Reich und Arm vergrössert. Dass diese Entwicklung zwar eine soziale Sprengkraft in sich trägt, die aber in der Schweiz kaum spürbar ist, liegt vor allem daran, dass Reichtum in der Gesellschaft als erstrebenswertes Lebensziel gilt. Auch Nicht-Reiche und Ärmere hegen die Hoffnung, irgendwann durch Leistung oder Glück zu viel Geld zu kommen. Die Individualisierung des Erfolgs nährt zudem diese Hoffnung und hat die weitverbreitete Meinung

verstärkt: Wer reich ist, hat es verdient - wer arm ist, ist selber schuld.

Doch der Unmut in der Bevölkerung gegenüber schamlosen Abzockern und Boni-Empfängern ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Extreme „Vergütungen“ ohne erbrachte Leistungen verlieren an gesellschaftlicher Akzeptanz. Eine Umverteilung der sehr hohen Vermögen ist deshalb, so das Forschungsteam, für den sozialen Zusammenhalt unumgänglich. Plädiert wird für mehr gesellschaftliche Verbindlichkeiten: Die Existenzsicherung darf nicht vom Goodwill von einzelnen Reichen abhängen. Mehr Transparenz ist nötig: Neben den Spenden der Reichen sind auch die Steuervergünstigungen und Infrastrukturleistungen an die Reichen einzubeziehen. Gerade weil Reichtum mit Macht und Einflussnahme einhergeht und Reiche diesen Einfluss auch geltend machen, müssen die demokratischen Prozesse gestärkt und politische Entscheidungen gesellschaftlich abgestützt werden.

Die Studie „Wie Reiche denken und lenken“ schlägt durch seine Verständlichkeit, die anschaulichen Beispiele und die vielfältigen thematischen Zugänge eine Brücke von der Wissenschaft zu einer breiteren Öffentlichkeit. Unterstützt wird dies durch die Homepage, welche speziell zu dieser Studie konzipiert wurde: www.reichtum-in-der-schweiz.ch. Sie fasst die Kapitel zusammen und ist interaktiv gestaltet; sie wird auch aufgrund der Rückmeldungen laufend ergänzt. Damit wird die Debatte über Reichtum und zugleich über Wege zum „sozialen Ausgleich“ in Gang gehalten.

Elisa Streuli / Hector Schmassmann